

NACHRICHTEN

Arafat in Ägypten

ALEXANDRIA: Palästinenser-Präsident Jassir Arafat hat zum Abschluss seiner Reise durch 23 Länder Europas, Asiens und Afrikas die ägyptische Führung über den Ausgang seiner Gespräche informiert. Die einzige Frage sei nur noch das Datum, an dem ein unabhängiger Palästinenser-Staat ausgerufen werden solle, sagte Ägyptens Außenminister Amre Mussa am Montag in Alexandria nach einem Treffen Arafats mit Staatschef Husni Mubarak. Der syrische Außenminister Faruk el Schara traf am Montag ebenfalls mit Mubarak zusammen. Dabei äusserte er Zweifel am Friedenswillen Israels. Syriens Erfahrungen mit Israels Ministerpräsidenten Ehud Barak und die Verhandlungen in Camp David zeigten, dass Barak keine ernsthaften Anstrengungen für einen gerechten und umfassenden Frieden mache oder dazu nicht in der Lage sei, sagte Faruk el Schara in Alexandria. Ägyptische Diplomaten machten deutlich, dass die ägyptische Führung gemeinsam mit den Palästinensern nach einem neuen Vorschlag sucht, wie der Streit über die Zukunft Jerusalems beigelegt werden kann.

Gore zieht mit Bush gleich

WASHINGTON: Im Rennen um die US-Präsidentschaft liegt der Demokrat Al Gore jüngsten Umfragen zufolge gleichauf mit seinem republikanischen Konkurrenten George W. Bush. Eine am Sonntag veröffentlichte Umfrage des Gallup-Instituts ergab, dass Bush und Gore im direkten Vergleich jeweils 49 Prozent der Stimmen erhielten. Über 1000 potenzielle Wähler waren im Auftrag des TV-Senders CNN und der Zeitung «USA Today» zu ihren Wahlabsichten im November befragt worden. Gore, der derzeit Vizepräsident ist, hatte vor dem am Donnerstag beendeten Wahlparteikonvent seiner Demokraten in Umfragen stets klar hinter dem Gouverneur von Texas gelegen.



Zu dem überraschenden Popularitätsschub dürfte Gore neben seinem Auftritt auf dem Parteikonvent auch die Wahl seines Vizepräsidenten Joseph Lieberman verholfen haben, der als moralische Autorität im US-Kongress gilt. Bush tritt mit dem früheren Verteidigungsminister Dick Cheney als Vizekandidat an. In einer am Samstag veröffentlichten Umfrage im Auftrag der US-Zeitschrift «Newsweek» hatte Gore im direkten Vergleich mit seinem republikanischen Konkurrenten sogar 52 Prozent der Stimmen erreicht. Nur 44 Prozent der Befragten votierten für Bush. Insgesamt 806 registrierte Wähler waren am Donnerstag zu ihren Wahlabsichten im November befragt worden.

Mit eiserner Faust

PEKING: Die chinesische Regierung will Korruption und Bestechung bei Staatsbeamten mit «eiserner Faust» bekämpfen. Jeder Beamte, der seinen Job kündigt, werde in Zukunft genau überprüft, berichtete die Pekinger Tageszeitung «China Daily» am Montag. Nach einer Versuchsphase sollten auch Regierungsmitglieder und Manager staatlicher Firmen überprüft werden. «Unser Ziel ist es, jeden staatlichen Angestellten nach Beendigung seines Berufslebens zu überprüfen», sagte der Leiter des Rechnungshofes, Li Jinhua. Staats- und Parteichef Jiang Zemin sprach von einem «Krebsgeschwür», das die KP bedrohe.

Die offizielle Volkszeitung («Renmin Ribao») drohte, dass es weder Gnade noch Verstecke für korrupte Beamte geben werde. Am Freitag wurden alle Parteimitglieder und Staatsbedienstete in Peking gezwungen, einen Kinofilm über Korruption mit dem Titel «Entscheidung zwischen Leben und Tod» anzuschauen.

Empörung über ETA-Terror

Tausende Spanier demonstrieren gegen die baskische Separatistenorganisation

BILBAO: Einen Tag nach dem Bombenanschlag auf zwei Polizisten haben Tausende Spanier gegen den Terror der baskischen Separatistenorganisation ETA protestiert. Um zwölf Uhr mittags kamen die Menschen am Montag landesweit zu Schweigekundgebungen zusammen.

In vielen Unternehmen wurde die Arbeit für fünf Minuten niedergelegt. Bei einer bewegenden Trauerfeier in der Kathedrale von Huesca nahmen Angehörige, Freunde und Kollegen Abschied von den beiden getöteten Beamten der Guardia Civil. Im Baskenland nahm die Polizei bei einer Razzia unterdessen fünf mutmassliche ETA-Mitglieder fest.

Wahnsinn

Ministerpräsident José Maria Aznar und der sozialistische Oppositionschef Jose Luis Rodriguez Zapatero unterbrachen ihre Ferien, um an der Totenmesse in Huesca teilzunehmen. «Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben», forderte Bischof Jose Maria Conget vor den Trauernden. Einige Verwandte der Getöteten brachen zusammen, als eine Polizeikapelle einen Trauermarsch



Immer wieder Bombenterror in Spanien. Die Bevölkerung sympathisiert schon lange nicht mehr mit den baskischen Freiheitskämpfern ... (Bild: Key)

spielte. Die beiden Beamten Irene Fernandez (32) und José Angel de Jesus Encinas (22) waren am Vortag im Bergdorf Sallent de Gallego nördlich von Huesca bei der Explosion einer Haftbombe unter ihrem

Dienstwagen getötet worden. Aznar verlieh ihnen posthum den höchsten Verdienstorden der Guardia Civil.

Die grösste Demonstration fand in Sallent de Gallego statt, wo zu

den 500 Einwohnern 4500 Menschen aus den umliegenden Dörfern hinzukamen. Seit der Aufkündigung ihrer 14-monatigen «Waffenruhe» im Dezember hat die ETA bei 20 Anschlägen bereits elf Menschen getötet und 30 verletzt. Spanien erlebt derzeit den blutigsten Terror-Sommer seit 1994.

Fünf Festnahmen

Bei einem Polizeieinsatz gegen die ETA wurden unterdessen im Baskenland fünf weitere Personen festgenommen, darunter drei Frauen. Nach Angaben der baskischen Regionalpolizei vom Montag stehen die Festnahmen in Zusammenhang mit dem Tod von vier mutmasslichen ETA-Mitgliedern, deren Auto vor zwei Wochen offenbar bei der Vorbereitung eines Anschlags explodierte.

Allparteien-Gespräche

Nach zwei Jahren der Konfrontation hat die Gewaltoffensive der ETA aber auch zu einer Annäherung zwischen der Zentralregierung in Madrid und der baskischen Regionalregierung geführt. Im Kampf gegen den Terror schlug diese erstmals Allparteien-Gespräche unter Ausschluss der ETA-nahen Herri Batasuna (HB/Volksunion) vor.

Deutscher Bundeskanzler fordert Härte gegen Rechts

Schröder in der Ex-DDR: Reise im Zeichen der aktuellen Rechts-Debatte

BERLIN: Vor dem Hintergrund eines wachsenden Rechtsextremismus hat der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder am Montag eine Reise durch den Osten des Landes begonnen. Zum Auftakt forderte er ein konsequentes Vorgehen gegen rechte Gewalt.

Im Kampf gegen Rechts sei eine «durchdachte Mischung aus Härte des Staates und Hilfe für Jugendliche» nötig. «Wir werden uns die Aufbauarbeit nicht von rechten Schlägertrupps kaputt machen lassen», sagte Schröder in Bad Elster (Sachsen).

Der Stand der Dinge

Bei seiner zweiwöchigen Visite in den «neuen Bundesländern» will sich Schröder über den Stand des wirtschaftlichen Aufbaus informieren. Der Besuch steht auch im Zeichen der aktuellen Debatte über Wege zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Verfassungsfeindlich

In jüngster Zeit waren in Ostdeutschland zahlreiche Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt worden. In Meck-



Schröder im Osten: Dort gibt es grosse Probleme mit den Neonazis, der Kanzler wurde von der Bevölkerung aber freudig begrüsst. (Bild: Keystone)

lenburg-Vorpommern wurden drei Obdachlose von rechtsgerichteten Jugendlichen getötet. In Sachsen-Anhalt wurde ein Mosambikaner totgetreten. In Erfurt wurde ein Brandanschlag auf die Synagoge verübt. Die Führung von Schröders SPD unterstützte am Montag Forderungen nach einem Verbot der

rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). SPD-Generalsekretär Franz Müntefering sagte, zunächst müsse aber geklärt werden, ob die Belege für ein verfassungsfeindliches Bestreben der NPD für ein Verbot ausreichen. Erst dann solle ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Angst vor Militärschlag

Geisterdörfer auf den Philippinen: Bevölkerung flieht vor Abu-Sayyaf

MANILA: Aus Furcht vor einem möglichen Militärschlag gegen die Abu-Sayyaf-Rebellen sind auf der philippinischen Insel Jolo rund 7000 Einwohner aus neun Dörfern geflohen. Dies teilten die Dorfvorsteher mit.

Die Orte seien inzwischen «Geisterdörfer», in denen nur noch Rebellen hausten. Die Gruppe Abu Sayyaf zähle inzwischen 4500 Kämpfer und habe weiterhin grossen Zulauf, nachdem die Rebellen auf der völlig verarmten Insel bislang etwa 5,5 Mio. Dollar für die Freilassung einer deutschen und neun malaysischen Geiseln bekommen hätten. Die Abu-Sayyaf-Rebellen, die für einen unab-



Davor hat die Bevölkerung auf den Philippinen Angst: Die Rebellen der Abu-Sayyaf wüten wie die Wilden und sorgen für leere Dörfer. (Bild: Key)

hängigen Moslem-Staat im Süden noch 28 Geiseln in ihrer Gewalt, darunter 12 aus westlichen Ländern.

Rückschlag für Barak

JERUSALEM: Israels Ministerpräsident Ehud Barak hat einen neuen politischen Rückschlag erlitten. Am Montag erklärte sein bisheriger Bürochef und langjähriger Vertrauter, Chaim Mendel-Schaked, seinen Rücktritt. In der vergangenen Woche hatte sich bereits dessen Stellvertreter, Schimon Batat, aus dem Amt des Regierungschefs zurückgezogen. Beide gaben nach Presseberichten in den vergangenen Tagen zunehmende Unzufriedenheit mit der Amtsführung Baraks als Grund für die Demission an.

Barak hatte zuletzt am Samstag seine Mitarbeiter geschockt, als er in einem Gespräch mit seinen Ministern einen umfassenden Plan für soziale Reformen und die Verabschiedung einer Verfassung vorlegte, von dem seine Mitarbeiter einmal mehr nichts wussten. Mendel-Schaked sagte der Tageszeitung «Jedioth Achronoth» am Montag, Barak sei inzwischen sein eigener Büroleiter und habe aufgehört, Regierungschef zu sein. «Das Problem ist, dass Barak das noch nicht erkannt hat», sagte Mendel-Schaked nach Angaben des Blattes. Barak, der mit einer Koalitionsregierung antrat, kann sich zur Zeit auf ein Viertel aller Abgeordneten stützen.

REKLAME

Christiane Brunner
Präsidentin der Gewerkschaft SMUV

Ihre Ja-Stimme nützt den Arbeitnehmern

Die Energievorteile schaffen Tausende von Arbeitsplätzen, und zwar im Metall-, Maschinen-, Solar- und Baubereich. Dazu kommen positive Effekte in der Holz- und Landwirtschaft.

Solar-Rappen

3x Ja für Umwelt, Gesundheit, Arbeitsplätze am 24. September

3x Ja, Postfach 94, 3000 Bern 18